
Vorstoss-Nr: 212-2011
Vorstossart: **Interpellation**
Eingereicht am: 14.06.2011
Eingereicht von: Steiner-Brütsch (Langenthal, EVP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 11
Dringlichkeit:
Datum Beantwortung: 14.12.2011
RRB-Nr: 2111/2011
Direktion: GEF

Wie weiter mit den Familienergänzungsleistungen im Kanton Bern?

Der Grosse Rat hat die Motion (M 219/2008) von Daniel Steiner-Brütsch (EVP), Langenthal, „Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien als wirksames Mittel gegen Familienarmut“ am 27. Januar 2009 mit 81 Ja-Stimmen und 58 Nein-Stimmen (ohne Enthaltungen) überwiesen. Mit der Überweisung der genannten Motion wurde der Regierungsrat beauftragt, gesetzliche Grundlagen für Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien (FamEL) zu schaffen.

Seither haben das Parlament und die Regierung mehrmals den Willen bekundet, Familienergänzungsleistungen (FamEL) einzuführen:

- Der Grosse Rat hat in der Debatte zum Voranschlag 2010 vom 24. November 2009 einem EVP-Antrag mit 77 Ja-Stimmen und 62 Nein-Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zugestimmt. Dieser hatte zur Folge, dass die überwiesene Motion (M 219/2008) von der Liste derjenigen Vorstösse gestrichen wurde, die vom Parlament überwiesen wurden, aus finanzpolitischen Gründen aber nicht umgesetzt werden sollten.
- Der Grosse Rat hat in der Märzsession 2010 vom Familienkonzept und der damit verbundenen Priorisierung von familienpolitischen Massnahmen Kenntnis genommen. Darin werden die vom Grossen Rat geforderten FamEL als besonders wirksam (1. Priorität) für die Stärkung der wirtschaftlichen Kraft von Familien beurteilt.
- Schliesslich hat der Regierungsrat bereits in mehreren Vorstossantworten bestätigt, dass FamEL als taugliches Mittel gegen Familienarmut angestrebt werden (Interpellation 018/2010 von Allmen „Belastung der Bauernfamilien: Problem erkannt, doch wo ist die Lösung?“ oder Interpellation 207/2010 Schnegg-Affolter und Beutler-Hohenberger „Bezahlte Mutterschaft für Familienfrauen“).

Leider fehlen bis heute die verlangten gesetzlichen Grundlagen für FamEL. Die Gründe für die Verzögerung könnten in der schwierigen finanzpolitischen Lage des Kantons und den zu erwartenden Mehrausgaben für FamEL zu suchen sein.

Es stellt sich somit die Frage, inwiefern andere Modelle (zur Finanzierung) von FamEL ins Auge gefasst werden müssten. Einen interessanten und pragmatischen Weg hat dabei kürzlich der Kanton Waadt eingeschlagen:



Am 15. Mai 2011 haben 61 Prozent des Waadtländer Stimmvolks Ergänzungsleistungen für arme Familien zugestimmt. Nach dem Tessin, Solothurn und Genf ist die Waadt damit der vierte Kanton, der Ergänzungsleistungen für Working Poor einführt. Diese kommen etwa 6000 Familien mit Kindern unter 16 Jahren zugute – hauptsächlich alleinerziehenden Müttern und kinderreichen Familien. Der durchschnittliche Zustupf pro Monat beträgt Fr. 700.--. Ein Drittel der auf 51 Millionen Franken geschätzten Kosten finanzieren Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Selbstständigerwerbende mit einem minimalen Lohnabzug von 0,06 Prozent. Bei einem Monatslohn von Fr. 5700.-- entspricht dies lediglich Fr. 3.40.

Ich erlaube mir deshalb folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie sieht der aktuelle Stand der Vorbereitungen für FamEL im Kanton Bern aus?
2. Wann ist mit der vom Grossen Rat geforderten Gesetzesvorlage für FamEL zu rechnen?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat das vom Kanton Waadt umgesetzte FamEL-Modell insbesondere in Bezug auf seine Umsetzbarkeit im Kanton Bern?
4. Wie könnten FamEL umgesetzt werden, ohne dass die Staatskasse übermässig belastet wird? Könnte z. B. eine Finanzierung im Zusammenhang mit einer ökologischen Steuerreform ein gangbarer Weg sein?

Antwort des Regierungsrates

Aus Sicht des Regierungsrates besteht aus familien- und sozialpolitischer Sicht grundsätzlich ein Handlungsbedarf für die Einführung von Familienergänzungsleistungen. Deutlich dafür sprechen die hohe Zahl armutsbetroffener Familien im Kanton Bern sowie die vielen von der elterlichen Armut mitbetroffenen Kinder. Die Chancen dieser Kinder werden beeinträchtigt und es kommt zu einer Vererbung der Armut. Der Umstand, dass Working Poor-Familien weder Beratung noch Unterstützung benötigen, sondern ausschliesslich eine Ergänzung ihres (zu) tiefen Erwerbseinkommens, spricht ebenfalls für die Schaffung dieser Leistung.

Die sozial- und familienpolitischen Zielsetzungen lösen allerdings Mehrkosten in einer Höhe aus, die in einem klaren Widerspruch zur gegenwärtigen finanzpolitischen Lage des Kantons Bern stehen. Aus finanzpolitischen Gründen sollte aus Sicht des Regierungsrates deshalb auf die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Einführung von Familienergänzungsleistungen in der laufenden Finanzplanperiode verzichtet und stattdessen in einem ersten Schritt nach alternativen Massnahmen zur Bekämpfung der Familienarmut gesucht werden.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat ein Modell für die Ausgestaltung von Ergänzungsleistungen für Familien erarbeitet. Es handelt sich um eine bedarfsabhängige Leistung, die das Finanzdefizit der gesamten Familien deckt. Die Leistung wird in Anlehnung an die Ergänzungsleistungen zu Leistungen der AHV und IV berechnet. Zielgruppe der Familienergänzungsleistungen sind Working Poor-Familien. Anspruch auf die Leistung haben diejenigen Familien, die eine Erwerbstätigkeit im Umfang eines definierten Beschäftigungsgrades ausüben bzw. als Selbständige ein definiertes Erwerbseinkommen erzielen. Durch die Koppelung der Leistung an eine Erwerbstätigkeit können gezielt die vorhandenen materiellen Ressourcen von Working Poor-Familien gestärkt werden. Die Familienergänzungsleistungen grenzen sich insofern von der Sozialhilfe ab, als dass die Sozialhilfe die Existenz aller bedürftigen Personen unabhängig einer Erwerbstätigkeit sichert und die berufliche und soziale Integration fördert. Das für den Kanton Bern entwickelte Modell verursacht geschätzte Kosten von 71 bis 144 Millionen Franken. Die Spannweite der Kosten ergibt sich u.a. durch die Variierung der Altersgrenze für das jüngste Kind (6, 12 oder 16 Jahre).

Das konzipierte Modell sollte nach Auffassung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion den Ausgangspunkt für die Erarbeitung der geforderten gesetzlichen Grundlagen bilden. Angesichts der finanzpolitischen Situation hat der Regierungsrat im August 2011 jedoch beschlossen, auf die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zu verzichten. Weil trotz der angespannten finanzpolitischen Situation weiterhin ein sozial- und familienpolitischer Handlungsbedarf zur Bekämpfung von Familienarmut besteht, hat der Regierungsrat die GEF beauftragt, alternative Massnahmen zur Einführung von Familienergänzungsleistungen zu prüfen.

2. Der Regierungsrat hält es für finanzpolitisch nicht vertretbar, dem Grossen Rat vor Ende der laufenden Legislatur einen ausformulierten Gesetzesentwurf zur Einführung von Familienergänzungsleistungen vorzulegen. Hingegen beabsichtigt der Regierungsrat, das erarbeitete Modell für Ergänzungsleistungen in seinen Grundzügen sowie weniger kostenintensive Alternativen zur Bekämpfung der Familienarmut im Rahmen eines Massnahmenplans zur Armutsbekämpfung zur Diskussion zu stellen. Diesen Massnahmenplan zur Armutsbekämpfung im Kanton Bern hat der Grosse Rat in Auftrag gegeben, indem er in der Junisession 2010 die Motion M 044/2010 (Bekämpfung der Armut im Kanton Bern) mit 106 zu 43 Stimmen und 1 Enthaltung überwies. Der Regierungsrat wird den Massnahmenplan zur Armutsbekämpfung voraussichtlich Ende 2012 zuhanden des Grossen Rates verabschieden. Aufgrund der sozialpolitischen Notwendigkeit von Familienergänzungsleistungen sollte aus Sicht des Regierungsrates längerfristig in jedem Fall am Ziel der Einführung dieser Leistung für armutsbetroffene Familien festgehalten werden.
3. Die Familienergänzungsleistungen finanziert der Kanton Waadt über Beiträge des Kantons, der Gemeinden sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmer (eingeschlossen der Beiträge von Selbstständigerwerbenden). Das Finanzierungsmodell des Kantons Waadt ist offensichtlich eine politisch tragfähige Lösung und ist deshalb, falls der entsprechende politische Wille vorhanden ist, auch für den Kanton Bern prüfenswert. Erste Gespräche im Rahmen der Konzepterarbeitung haben zur Einschätzung geführt, dass dieses Modell im Kanton Bern zurzeit nicht sehr aussichtsreich wäre. Auch dieses Modell würde für den Kanton Mehrkosten bedeuten, was angesichts der finanzpolitischen Lage problematisch ist.
4. Die Grundidee einer ökologischen Steuerreform ist der Schutz der Umwelt und der Einsatz der dadurch erzielten Mittel für die Finanzierung staatlicher Aufgaben. Eine ökologische Steuerreform umfasst die Entlastung bei anderen staatlichen Aufgaben. Sie führt deshalb nicht unbedingt zu Mehreinnahmen. Selbst wenn Mehreinnahmen erzielt werden, heisst dies nicht, dass diese für die Finanzierung der Familienergänzungsleistungen bereitgestellt werden, da diese in Konkurrenz mit anderen Staatsaufgaben stehen. Zudem braucht es eine entsprechende Gesetzgebung. Eine ökologische Steuerreform ist deshalb auch mittelfristig nicht ohne Weiteres eine geeignete Finanzierungsquelle.

An den Grossen Rat